

## Rechnungshof in BW

Privater Luxus auf Staatskosten? Bericht rügt Verschwendung und Korruption in Landesbehörde

Restaurantbesuche, Vergnügungen, Vetternwirtschaft – alles auf Staatskosten. Der Rechnungshof erhebt schwere Vorwürfe gegen das Landesmedienzentrum.

Von

Axel Habermehl

14.07.2026, 17:10 UhrStuttgart

Hohe Ausgaben: Über Kreditkarten des Landesmedienzentrums wurden rund 189.000 abgerechnet - darunter viele dubiose Anschaffungen.

dpa

Am Landesmedienzentrum (LMZ) Baden-Württemberg ist in den vergangenen Jahren offenbar im großen Stil Steuergeld für Vergnügungen, private Beschaffungen

und luxuriöse Ausstattungsgegenstände verschwendet worden. Das geht aus einem bisher unveröffentlichten Bericht des Landesrechnungshofes hervor. Obwohl das Kultusministerium, das die Aufsicht über die Behörde führen soll, schon seit geraumer Zeit über entsprechende Vorwürfe informiert war, handelten die Verantwortlichen erst spät.

„Die Haushaltsführung und das Ausgabegebaren des Landesmedienzentrums sind teilweise hoch problematisch. In großem Umfang wird gegen haushaltsrechtliche Vorschriften verstoßen“, heißt es in dem Bericht, der unserer Redaktion vorliegt. Unter anderem seien hochpreisige Ausstattungsgegenstände und Deko-Artikel beschafft worden, „großzügige interne sowie Gästebewirtungen finanziert oder Ausflüge bezuschusst“ worden. In vielen Fällen seien weder ein dienstlicher Zweck noch die Notwendigkeit der Ausgaben erkennbar. Zudem sei der Fuhrpark des LMZ „überdimensioniert“. Vergabep Praxis und der Umgang mit externen Dienstleistern ließen „auf strukturelle Fehlentwicklungen schließen“.

Feiern mit viel Alkohol abgerechnet

Das Ausmaß der offensichtlichen Verschwendung ist groß. Die Prüfer stellten unter anderem fest, dass das LMZ in den Jahren 2023 und 2024 Krypto-Werte für mehr als 33.000 Euro beschafft habe. Es seien Kosten für luxuriöse Feiern mit viel Alkohol abgerechnet worden, ein Mitarbeiter habe sich im Taxi für 1180 Euro von seinem Wohnort zu einem dienstlichen Termin fahren lassen. Über dienstliche Kreditkarten seien zwischen 2021 und 2024 rund 189.000 Euro abgerechnet worden, darunter offensichtlich private Anschaffungen wie eine hochpreisige Saftpresse, Apple-Airpod-Kopfhörer oder Lego-Spielzeug.

Ministerien legen Bericht vor – Aufklärung des Skandals bleibt lückenhaft

Auch gebe es Hinweise auf Vetternwirtschaft in der Behörde, die je einen Sitz in Karlsruhe und Stuttgart hat und die Medienbildung im Land fördern soll. „Das LMZ hat nach Einschätzung des Kultusministeriums von Januar 2021 bis Februar 2024 vergaberechtswidrig Aufträge an ein privates Unternehmen vergeben“, heißt es im Bericht. Der Rechnungshof moniert „Vergaben an ein namentlich genanntes Unternehmen auf Basis eines persönlichen Näheverhältnisses zwischen dem Geschäftsführer des Unternehmens und einer im LMZ

beschäftigten Person“. Zudem stehe der Verdacht im Raum, beim LMZ tätige Lehrkräfte des Landes seien Nebentätigkeiten als Referenten für das genannte Unternehmen nachgegangen.

Sowohl der Verwaltungsrat als auch das Kultusministerium sollen über problematische Vorgänge seit Jahren informiert sein, griff aber offenbar lange nicht ein. Inzwischen soll mindestens ein Disziplinarverfahren laufen. Aus Regierungskreisen hieß es, die Staatsanwaltschaft sei informiert worden. Nach Informationen unserer Zeitung soll das LMZ aufgelöst und organisatorisch neu aufgestellt werden. Eine Sprecherin des LMZ bat um „Verständnis, dass wir uns aktuell zu dieser Thematik nicht äußern“. Die frühere Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne) reagierte vorerst nicht auf eine Anfrage.